BERLINER STADTBLATT

LICHTENBERG

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK LICHTENBERG · MAI 2021

EDITORIAL

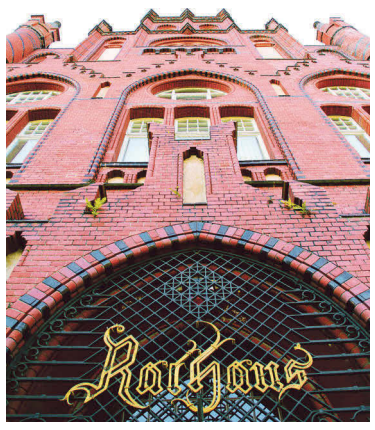


Foto: Adobe Stock/Marcel Gaeding

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Franziska Giffey ist die Spitzenkandidatin der SPD Berlin für die Abgeordnetenhauswahl am 26. September 2021. #GanzSicherBerlin – #GanzSicherLichtenberg! Wir stehen für eine Stadt der Vielfalt, der Weltoffenheit, der Wissenschaft und Kultur. Eine Stadt des Respekts und der Toleranz. Wir wollen ein Berlin als soziale und klimafreundliche Stadt für alle.

Passend dazu finden Sie in dieser Ausgabe einen ersten Blick auf unser Lichtenberger Wahlprogramm. Unser Hauptanliegen ist es, sinnvolle und respektvoll bezahlte Arbeit zu erhalten und zu schaffen und die sozial-ökologische Wende zu gestalten. In insgesamt zehn Punkten stellen wir unsere Ideen für Lichtenberg dar.

Und nicht zuletzt finden Sie im Stadtblatt Ideen für das Hubertusbad. Nach 30 Jahren Schließung soll es endlich wieder seine Pforten öffnen. In einer ersten Phase ist geplant, die ehemalige Frauenschwimmhalle für Eventnutzungen auszuprobieren. In den nächsten Schritten sollen dann auch die oberen Stockwerke wieder belebt werden.

Anja Ingenbleek und Erik Gührs
Kreisvorsitzende der SPD Lichtenberg

Stolz präsentiert das Berliner SPD-Spitzenduo Franziska Giffey und Raed Saleh das beschlossene 0Wahlprogramm

Foto: SPD Berlin/Nils Hasenau

IN DIESER AUSGABE

NEUES QUARTIER
Unterwegs in Alt-Hohenschönhausen **SEITEN 2+8**

TRABRENNBAHN
Zukunft des Wahrzeichens **SEITE 2**

HERZENSSACHE BERLIN
Franziska Giffey im Interview **SEITE 3**

GANZ SICHER BERLIN
SPD Berlin startet in den Wahlkampf **SEITE 5**

GENERATIONEN
Politisch engagiert: Jung und Alt **SEITE 7**

HUBERTUSBAD
Hoffnung nach 30 Jahren Schließung **SEITE 7**

Mit ganzem Herzen für die Hauptstadt

Franziska Giffey möchte ein Berlin, das sozial und sicher, innovativ und klimafreundlich ist

„Ich bin von ganzem Herzen Berlinerin", sagt Franziska Giffey, SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin für die Abgeordnetenhauswahl, im Gespräch mit dem Berliner Stadtblatt. Vieles habe die Berliner SPD bereits erreicht, vieles wolle sie noch erreichen. Dann zählt sie auf: „Eine Stadt, die sozial und sicher, innovativ und klimafreundlich ist."

Diese Punkte und die fünf Schwerpunktthemen – **Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürger:innennahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit** – finden sich im Landeswahlprogramm der Hauptstadt-SPD wieder, das den Titel „Ganz sicher Berlin" trägt. Mit deutlicher Mehrheit beschlossen die Delegierten am 24. April das rund 100 Seiten umfassende Programm auf einem digitalen Landesparteitag der Berliner SPD.

Gleich zu Anfang des Interviews (auf Seite 3 dieses „Berliner Stadtblatts") stellt Franziska Giffey klar: Das Thema Bauen muss Chefinnensache werden. „Bis 2030 wollen wir 200.000 Wohnungen bauen." Dafür will sie alle – öffentliche, wie private Immobilienunternehmen – an einen Runden Tisch holen. Die SPD Berlin verortet sie ganz klar an der Seite der Berliner Mieter:innen, denn diese gilt es zu schützen.

Dass sich Menschen sicher fühlen und gleichzeitig sozialen Abstieg nicht fürchten müssen, gehört für die Berliner SPD-Spitzenkandidatin zusammen. Damit die Sicherheit in den Kiezen steigt, möchte sie unter anderem das Projekt der Kontaktbereichsbeamt:innen weiter stärken.

„Wir brauchen neuen Aufwind für unsere Wirtschaft", sagt die SPD-Landeschefin. Diese Ansicht vertritt auch Raed Saleh, Co-Vorsitzender der SPD Berlin. In seinem Kommentar (auf Seite 3 dieses „Berliner Stadtblatts") schreibt er: „Vor der Pandemie hatte Berlin im bundesweiten Vergleich das höchste Wirtschaftswachstum." Sobald die Corona-Krise vorüber ist, „müssen wir an die wirtschaftliche Dynamik vor der Pandemie so schnell wie möglich wieder anschließen". Gleichzeitig solle man aber auch die Lehren aus der Krise ziehen und die Berliner Wirtschaft noch besser und fairer gestalten. Dafür braucht es seiner Ansicht nach eine kluge Wirtschaftspolitik mit klarem Kompass: „Wirtschaftswachstum: ja klar. Aber bitte mit Löhnen nach Tarif und ordentlichen Arbeitsbedingungen", fordert Raed Saleh.

In diesem Zusammenhang richtet sich der Blick der Berliner SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey nicht nur auf die Privatwirtschaft, sondern ebenso auf den öffentlichen Dienst: Dieser soll gut organisiert und gut ausgestattet sein. „Wir arbeiten für mehr Service und weniger Bürokratie." Den Weg der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen wolle man weitergehen. „Arbeiten für Berlin ist nicht nur ein Job", sagt sie. Es bedeute, Teil im „Unternehmen Berlin" zu sein. „Darauf kann jede und jeder im öffentlichen Dienst auch stolz sein."

Das vollständige Interview mit Franziska Giffey:
https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/interview-giffey-wahlkampf/

Arbeitnehmer:innen 2021

Wo stehen sie und was würde ihnen wirklich nutzen?

Alle Jahre wieder steht der 1. Mai, der Tag der Arbeit, vor der Tür. Wo stehen die Arbeitnehmer:innen im Jahr 2021 und ganz speziell die aus der Großsiedlung und dem angrenzendem Speckgürtel unserer Stadt?

Es bedarf eines Blickes über den Tellerrand hinaus. Große Konzerne wie die BMW-Group, Daimler und Siemens haben zehntausende Mitarbeiter:innen in die Kurzarbeit geschickt. An die Aktionär:innen werden aber großzügig Renditen ausgezahlt. BMW zahlt rund 1,6 Mrd. Euro, Daimler 3,6 Mrd. Euro und andere vielleicht noch mehr.

Die Friseuse aus dem Warnitzer Bogen arbeitet auch nur an zwei oder drei Tagen die Woche, ist auch auf Kurzarbeit und das alles für den Mindestlohn von 9,83 Euro pro Stunde. Ist das das Ziel des angepriesenen Exportschlagers „Kurzarbeit"?

Einen Tariflohn für das Friseurhandwerk gibt es in Berlin nicht. In vielen anderen Branchen sieht es nicht anders aus. Wo stehen aber die Arbeitnehmer:innen des 21. Jahrhunderts? Eine große Mehrheit unter ihnen wird noch nicht einmal durch einen Betriebsrat vertreten.

Maik Lenzner
SPD Neu-Höhenschönhausen

Weiter auf Seite 8

Unsere 10 Punkte für Lichtenberg

Ein Blick in die wichtigsten Punkte des SPD-Kommunalwahlprogramms

DAFÜR STEHT DIE SPD IM BEZIRK

1.
Die sozial-ökologische Wende, gute und sinnstiftende Arbeitsplätze schaffen und sichern. Unternehmen in Lichtenberg ansiedeln und Bestände modernisieren für mehr soziale Teilhabe.

2.
Moderne und gut ausgestattete Schulen mit qualifiziertem Personal – dafür bringen wir die Schulbauoffensive voran.

3.
Unsere klare Haltung: Bauen von sozialen Wohnungen an geeigneten Stellen, Kaufen anstelle von Investoren, den Milieuschutz ausweiten.

#HERZENSSACHE LICHTENBERG

4.
Mehr Mobilität jenseits des motorisierten Individualverkehrs. Dazu gehört ein Radverkehrsnetz bis 2030 und mehr ÖPNV-Angebote.

5.
Der Ausbau von Kitaplätzen hat Priorität. Lichtenberg soll ein familienfreundlicher Bezirk bleiben.

6.
Nachhaltige Konzepte für Grünflächen als zentrale Orte der Begegnung und Erholung sowie begrünte bzw. Solar-Dächer.

7.
Wir wollen Zugang für alle zu hochwertigen Gesundheitsdiensten und mehr Ärzt:innen in Gemeinschaftspraxen.

8.
Wir wollen sportliche Vielfalt erhalten und stärken.

9.
Wir wollen die Umsetzung des Kulturentwicklungsplans begleiten.

10.
Lichtenberg muss ein sozialer Bezirk des solidarischen Miteinanders und starken Engagements bleiben.

Geschäftsführender Kreisvorstand

KURZ NOTIERT

STADTTEILZENTRUM HSH

Wir wollen ein Stadtteilzentrum für Hohenschönhausen. Es wird aber sehr schwer, einen Kompromiss über die Bebauung der Freiflächen rund um den Prerower Platz zu finden.

Es geht darum, verschiedene bestehende Strukturen und die Wünsche von politischen Akteur:innen unter einen Hut zu bekommen. Dabei wollen wir keine Ideologie. Eine Finanzierung durch Dritte bzw. Investor:innen ist noch nicht gesichert. Daher erscheint es fast aussichtslos, einen Kompromiss schließen zu können.

ONLINEPRÄSENZEN

Schon gesehen? Die Abteilungen der Lichtenberger SPD sind auch online ansprechbar!

Schauen Sie gern auf Instagram und Facebook vorbei und folgen Sie uns, um immer gut informiert zu sein!

Mit viel Leidenschaft und Herzblut pflegen die Genossinnen und Genossen die Accounts und erlauben interessante Einblicke in die Geschehnisse hinter den Kulissen der Kommunalpolitik. Seien es die Vorbereitungen einer Versammlung, das Engagement im Kiez oder eine Teamaktion.

IMPRESSUM

BERLINER STADTBLATT
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken

LANDESSEITEN
(Seiten 1 oben, 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:
SPD Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.)
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel. 030-4692222
https://spd.berlin

Redaktion der Landesseiten:
Sebastian Thomas (Leitung),
Ulrich Horb, Ulrich Schulte-Döinghaus

Bezirksseiten LICHTENBERG
(S. 1 links/unten, 2, 7, 8)

Herausgeber:
SPD Lichtenberg
Rathausstraße 7 · 10367 Berlin

Redaktion:
Anja Ingenbleek, Co-Vorsitzende SPD Lichtenberg ·
Erik Gührs, Co-Vorsitzender SPD Lichtenberg ·
Viktoria Jeske, Schriftführerin SPD Lichtenberg

Tel. (030) 9760 6730 · Fax (030) 9760 4664
info@spd-lichtenberg.de
www.spd-lichtenberg.de

Grafik: SPD Berlin/Hans Kegel
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Rätselerstellung: Ulrich Schulte-Döinghaus

Spaziergang in Alt-Hohenschönhausen

Über die Entstehung eines neuen Quartiers

Für einen gemeinsamen Rundgang im Zentrum von Alt-Hohenschönhausen trafen sich auf Einladung der SPD Hohenschönhausen und der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg Vertreter:innen des Projektentwicklers Zeitgeist sowie Bürger:innen.

Blick auf das Areal an der Bahnhofstraße/Genslerstraße

Foto: Kevin Einenkel

Der Projektentwickler möchte das Quartier Ferdinand-Schultze-/Gensler-/Gärtnerstraße neu strukturieren. Bei der Vor-Ort-Begehung durch das Gewerbegebiet stellten sie ihre Pläne vor und zeigten, wie die Flächen aktuell genutzt werden.

Das Areal zwischen der Genslerstraße und der Ferdinand-Schultze-Straße ist zwar die geografische Mitte von Alt-Hohenschönhausen, bildet bisher jedoch kein lebendiges Zentrum für den Stadtteil. Inmitten von Wohnquartieren haben sich auf dem 27 Hektar großen Areal in den vergangenen Jahren hauptsächlich Autohändler und Werkstätten in Garagen und Barackenstrukturen angesiedelt. Weitere Flächen werden als Freiluftlager genutzt. Um den Investor zu zitieren: „Das Areal schläft einen Dornröschenschlaf“. Der Ausgangspunkt lag an der Tankstelle in der Genslerstraße. Die Route führte von dort direkt ins Gewerbegebiet, über die Bahnhofstraße hinweg wieder außen um das Gebiet herum, bis sie schließlich im Norden endete.

DAS AREAL HAT EINE BEWEGTE GESCHICHTE

Bekannt ist dieses Gebiet hauptsächlich durch die Gedenkstätte Hohenschönhausen (ehemalige Untersuchungshaftanstalt) des Ministeriums für Staatssicherheit. In den Jahren zwischen 1951 und 1990 arbeiteten bis zu 2.500 hauptamtliche Mitarbeiter:innen in der Haftanstalt, auf der Stadtkarte war der Ort jedoch nur ein weißer Fleck. Die heute noch vorhandenen Gleisanlagen stammen aus den 1920er Jahren und gehörten zur inzwischen stillgelegten Industriebahn Tegel-Friedrichsfelde. Der Güterbahnhof Alt-Hohenschönhausen gab der Bahnhofstraße ihren Namen.

WIE SIEHT DER STAND AKTUELL AUS?

Heute gehen auf dem Areal täglich ca. 400 Menschen Ihrer Arbeit nach. Das Besondere an diesem Quartier: Es liegt in einem sogenannten EpB-Gebiet (Entwicklungskonzept für den produktionsgeprägten Bereich). Gerade solche Flächen sind in Berlin mittlerweile rar, und daher setzt sich der sozialdemokratische Bezirksstadtrat für Wirtschaft, Kevin Hönicke, für den Erhalt ein. Er war ebenfalls bei dem Rundgang dabei und berichtete, was das Bezirksamt bereits zur Entwicklung dieses Gebietes unternimmt.

Philipp Sorgatz
Kevin Einenkel

Weiter auf Seite 8

Ein Standort mit viel Potenzial

Der Standort der ehemaligen BESTAHL GmbH in der Ferdinand-Schultze-Straße muss erhalten bleiben

Einst war es das VEB Metallleichtbaukombinat Berlin in der Ferdinand-Schultze-Straße 85/87. Es grenzte an das Untersuchungsgefängnis des MfS (Ministerium für Staatssicherheit), an die MUK (Morduntersuchungskommission) und an das zentrale NS-Archiv der ehemaligen DDR an.

1990 wurde das Kombinat in die BESTAHL GmbH umgewandelt. Am Standort wurden mehrere Brückenkonstruktionen, wie z. B. die Oberbaumbrücke, gefertigt. Auch war das neu geschaffene Unternehmen an der Sanierung des Berliner Doms und der Jüdischen Synagoge zu Berlin beteiligt.

Im Juni 1996 wurde die BESTAHL als eines der letzten Unternehmen durch die Nachfolgerin der Treuhandanstalt privatisiert. Die Bereiche Betonformenbau, Stahlhoch- und Komplettbau wurden an die westdeutsche MACON Bau Unternehmensgruppe veräußert. Rund 100 Mitarbeiter:innen konnten bis zur Insolvenz des Käufers im Jahre 2002 beschäftigt werden, der Bezirk Lichtenberg hatte aber einen großen Berliner Stahlbauer verloren.

Was bleibt, ist eine große Fertigungshalle mit großem Lagerplatz und reaktivierungsfähigem Gleisanschluss. Eigentlich ein Standort mit viel Potenzial – nah an der City.

Oberbaumbrücke in Berlin

Foto:Nikolaus Bader/Pixabay

In den letzten Jahren hat die Firma Zeitgeist-Asset-Management GmbH rund 100 Hektar Fläche erworben und will nun eine Mischbebauung vorantreiben. Inwiefern eine Verdichtung mittels Schaffung von neuem Wohnraum und die Kombination von Handel und Gewerbe gelingt, wird sich zeigen. Gerade in dieser Zeit gilt es, darüber nachzudenken, ob die Arbeit des Stadtmenschen so noch zeitgemäß ist bzw. ob überhaupt noch genügend Arbeit vorhanden ist.

Ich setze mich dafür ein, dass dieser Arbeits- und Nahversorgungs-Standort erhalten bleibt!

Maik Lenzner
Stv. Vorsitzender der
SPD Neu-Hohenschönhausen

Die Trabrennbahn rennt nicht weg

Zur zukünftigen Entwicklung der Trabrennbahn Karlshorst

In Karlshorst beschäftigt die Bürger:innen aktuell die Zukunft der Trabrennbahn. Was passiert zukünftig mit diesem Wahrzeichen des Kiezes mit Bedeutung über die Grenzen des Bezirks hinaus?

Das Gelände der Trabrennbahn Karlshorst befindet sich in privatem Eigentum. Wir als SPD pflegen den Austausch mit den Eigentümern und können eine Sorge schon nehmen: Die Trabrennbahn soll nicht verschwinden, sondern modernisiert werden und sich zukünftig besser in den bestehenden Strukturen unseres Kiezes einfügen. Das Konzept der Betreiber sieht den Erhalt bestehender Strukturen wie den Pferdesportpark, die Traberschule und die Denkmaltribüne vor. Auch Neues soll entstehen, zum Beispiel neue Mietwohnungen nach dem Berliner Modell und eine Kita. Der lang ersehnte Sportplatz, ein Volleyballplatz und eine Boulder-Halle sind geplant.

Wir als SPD setzen uns dafür ein, dass

- beim Bau der geplanten Wohnungen nicht Luxus- sondern sozial verträgliche Mietwohnungen für die breite Mitte der Gesellschaft entstehen,
- als Träger der Neubauwohnungen zudem städtische Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften zum Zuge kommen,
- ein Gewerberaumkonzept kommt, das nachhaltige Firmen begrüßt,
- auf ausreichend Fläche für Arztpraxen, lokale Dienstleistungen, Gastronomie und Nahversorgung geachtet wird.

Die Trabrennbahn Karlshorst

Foto: Mélanie Reuter

Mit anderen Worten: Wir wollen, dass sich ein modernes und lebendiges Quartier (weiter-)entwickelt!

Es wird für die Karlshorster:innen bald möglich sein, sich im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu beteiligen und Anregungen einzubringen.

Fabian Odoj · Mélanie Reuter
SPD Karlshorst/Friedrichsfelde-Süd

https://mein.berlin.de/projekte/trabrennbahn-karlshorst/

„Ich bin von ganzem Herzen eine Berlinerin“

Die Sozialdemokratie hat in der Hauptstadt viel erreicht, sagt Spitzenkandidatin Franziska Giffey. Doch sie möchte mehr!

Berliner Stadtblatt: Liebe Franziska, lass uns über die Hauptstadt sprechen. Was bedeutet dir Berlin?

Franzsika Giffey: Ich bin von ganzem Herzen eine Berlinerin, ich bin stolz auf Berlin. Die Sozialdemokratie gestaltet seit vielen Jahren mit viel Erfahrung und Kompetenz eine der attraktivsten Städte der Welt. Ich möchte aber für Berlin noch viel erreichen. Mit der SPD Berlin arbeite ich für eine Stadt, die sozial und sicher, innovativ und klimafreundlich ist. Berlin hatte vor der Pandemie das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer. Ich möchte Berlin wieder aus der Krise führen.

Das Bundesverfassungsgericht hat das Berliner Mietendeckel-Gesetz gekippt. Wie hast du diese Entscheidung aufgenommen?

Die SPD Berlin ist ganz klar die Partei, die Mieterinnen und Mieter schützt, bezahlbaren Wohnraum bewahrt, aber auch schafft. Dafür gibt es verschiedene Instrumente. Der Ankauf von Wohnungen durch landeseigene Wohnungsbaugesellschaften ist wichtig, aber auch der Neubau. Bis 2030 wollen wir 200.000 Wohnungen bauen. Das wird nur in einem Miteinander von Politik, öffentlichen und privaten Immobilienunternehmen funktionieren. Mein Plan ist ein Runder Tisch mit allen Beteiligten, der sich regelmäßig bespricht und Lösungen findet. Das Urteil zeigt aber auch, dass auf Bundesebene gegen überteuerte Mieten vorgegangen werden muss. Dafür setzen wir uns ein.

Bauen soll Chefinnensache werden. Welche Themen sind dir außerdem wichtig?

Neben Bauen setzen wir vier weitere Schwerpunkte in diesem Wahlkampf: Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit. Zusammen ergeben diese unsere 5 B’s für Berlin. Unter das Thema Bauen fällt auch Verkehr und Mobilität. Wir fördern eine soziale und nachhaltige Verkehrswende. Ich möchte einen ÖPNV, der für alle Menschen attraktiv ist – mit leistungsstarken Strecken, enger Taktung und neuen klimafreundlichen Fahrzeugen.

Franzika Giffey tritt bei der Wahl am 26. September an, um Regierende Bürgermeisterin von Berlin zu werden. Foto: SPD Berlin/Nils Hasenau

Eingangs nennst du sozial und sicher in einem Atemzug. Das findet sich in B wie Berlin in Sicherheit. Warum gehört das zusammen?

Für uns bedeutet Sicherheit nicht nur den Schutz vor Gewalt und Kriminalität, sondern auch vor sozialem Abstieg. Wir werden gezielt gegen Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Raum vorgehen. Deshalb verfolgen wir unter anderem das Projekt der Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamten weiter. Sich seine Miete auch morgen noch leisten zu können, auch das ist Sicherheit. Nur wenn Menschen sich sicher fühlen, können sie sich frei entfalten und ein selbstbestimmtes Leben führen.

Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte Berlin im Bundesvergleich das höchste Wirtschaftswachstum.

Da wollen wir wieder hin. Wir brauchen neuen Aufwind für unsere Wirtschaft. Mein Plan ist ein Zukunftsfonds „NEUSTART BERLIN“ für die Branchen, die besonders hart von der Krise betroffen sind: für Gastronomie, Hotellerie, Kunst und Kultur und für den Tourismus. Mit einer wirtschafts- und wissensbasierten Innovationsförderpolitik wollen wir die Stadt zu einem noch attraktiveren Standort für Unternehmen und Start-ups mit weltmarktführenden Produkten „Made in Berlin“ machen. Unser Ziel heißt „Starke Wirtschaft – Gute Arbeit“ mit guten Arbeitsbedingungen. Jungen Menschen wollen wir eine Ausbildungsplatzgarantie geben.

Letzte Frage: Welche Art von Stadtverwaltung ist für dich ein guter Dienstleister?

Eine, die sowohl gut organisiert als auch gut ausgestattet ist. Wir arbeiten für mehr Service und weniger Bürokratie, für starke Bürgerämter vor Ort mit motiviertem Personal. Den bereits beschrittenen Weg der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen werden wir weitergehen. Auch gute Arbeitsbedingungen und Aufstiegsperspektiven spielen eine wichtige Rolle. Arbeiten für Berlin ist nicht nur ein Job, sondern bedeutet Teil im „Unternehmen Berlin“ zu sein und diese Stadt mitgestalten zu können. Darauf kann jede und jeder im öffentlichen Dienst auch stolz sein.

Die Fragen stellte Sebastian Thomas

UNSERE 5 B’S FÜR BERLIN

SPD

BAUEN

Foto: SPD Berlin/Sebastian Thomas

Sonja Kreitmair, 67 Jahre, stv. SPD-Fraktionschefin BVV Mitte

*„B wie **Bauen**, damit Berlin eine Stadt der sozialen Durchmischung und somit eine Metropole für alle bleibt.“*

„Starke Wirtschaft ist gut für ganz Berlin“

SPD-Landeschef Raed Saleh will nach der Corona-Pandemie Wachstum sowie Jobs mit guten und fairen Arbeitsbedingungen

KOMMENTAR VON RAED SALEH

Die Berliner Wirtschaft hat sich in den vergangenen zehn, zwanzig Jahren gut entwickelt. Sehr gut sogar. Beim Wachstum waren wir regelmäßig deutsche Spitze. Bei den Touristenzahlen gehörten wir zu den Top 5 in Europa. Bei den Start-ups – bestplatziert in Deutschland und der gesamten EU. Leider hat die Corona-Pandemie diese gute Entwicklung abrupt unterbrochen. Aber gute Politik bedeutet, das Morgen schon heute zu denken. Wir müssen an die wirtschaftliche Dynamik vor der Pandemie so schnell wie möglich wieder anschließen. Gleichzeitig sollten wir aber auch die Lehren der Krise nutzen und unsere Wirtschaft noch besser und fairer gestalten.

In den vergangenen Jahren – sogar nach dem Ausbruch von Corona – sind große Unternehmen nach Berlin gekommen – wie Tesla oder Siemens Energy. Bei uns haben sich Start-ups entwickelt, die heute führend für die deutsche Digitalwirtschaft stehen. Oftmals werden gerade in den jungen, aufstrebenden Internet-Unternehmen Löhne gezahlt, die weder tarifgebunden noch fair sind. Auch die Arbeitszeiten sind nicht immer sehr sozial. Und wirtschaftlicher Erfolg sorgt dafür, dass ein Standort insgesamt attraktiver wird. Und dadurch steigen – leider – die gesamten Lebenskosten. Daher braucht es für eine kluge Wirtschaftspolitik einen klaren und starken Kompass. Wirtschaftswachstum: ja klar. Aber bitte mit Löhnen nach Tarif und ordentlichen Arbeitsbedingungen. Dafür kämpfen wir und stehen an der Seite der Beschäftigten.

Unternehmen, die sich daran orientieren, haben in uns, der SPD, einen starken Partner. Weil eine starke Wirtschaft natürlich im Interesse der ganzen Stadt ist. Wenn die Wirtschaft wächst, dann kommt auch mehr Steuergeld rein. Ohne das Wirtschaftswachstum und die gute Entwicklung der vergangenen Jahre wären wir bei der gebührenfreien Bildung nicht so weit gekommen, auch die Hauptstadtzulage und andere soziale Entscheidungen wären nur schwer umsetzbar gewesen. Wir brauchen also auch weiterhin eine starke Wirtschaft.

Raed Saleh erinnerte in seiner Eröffnungsrede zum zweiten digitalen Parteitag der Berliner SPD daran, dass Berlin vor der Pandemie im Bundesvergleich das höchste Wirtschaftswachstum hatte. Da möchte der SPD-Landeschef wieder hin. Foto: SPD Berlin/Nils Hasenau

Große Hoffnungen setze ich hier in die migrantische Unternehmerschaft. In Berlin werden internationale Erfolgsstories geschrieben, die weit über unsere Stadt hinausstrahlen. Bestes Beispiel ist Ijad Madisch, der als Kind syrischer Einwanderer bei uns das Facebook für die Wissenschaft gegründet hat. Researchgate ist heute ein weltweit aktives Internet-Netzwerk, das brummt und boomt. Auch der Nobelpreis für Chemie, der im vergangenen Jahr an Emmanuelle Charpentier verliehen worden ist, steht für diese große Zukunft unserer Stadt. Die Forscherin hat die Genschere mit entwickelt, Grundlage für die Medizin der Zukunft. Dass der Preis an eine Berliner Forscherin ging, war nur konsequent. Denn gerade auf dem Gebiet der Gesundheit und der Wissenschaft entwickelt sich unsere Stadt besonders gut.

Rückgrat der Berliner Wirtschaft bleibt weiterhin der Mittelstand. Hier sind in den vergangenen Jahrzehnten Hunderttausende Jobs entstanden, ohne die unsere Stadt nicht funktionieren könnte. Den Schutz dieser Unternehmen müssen wir in den Mittelpunkt stellen. Wenn die Corona-Pandemie vorbei ist, dann können wir alle wieder die Ärmel hochkrempeln. Mir ist nicht bange um unsere Stadt. Hier leben kreative, robuste, lebensfrohe, optimistische und pfiffige Menschen. Niemand ist auf die Zeit nach Corona besser vorbereitet als wir in Berlin.

Der vollständige Kommentar von Raed Saleh:
https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/beste-wirtschaft-saleh/

Blaumann trifft auf Turnschuh und Notebook

Innovative Wirtschaft und Wissenschaft sowie gute Jobs in Berlin sind für Franziska Giffey eine Herzenssache

Kluge Köpfe: Das Kunstwerk der zwei Köpfe steht auf dem Forumplatz der „Wissensstadt“ Adlershof in Berlin-Treptow-Köpenick. Foto: Uli Schulte-Döinghaus

Frühmorgens zwischen 7 und 9 Uhr teilt sich der Arbeitsmarkt im S-Bahnhof Adlershof. Den östlichen Ausgang zum „alten“ Adlershof nehmen meist die Arbeitnehmer:innen, denen Zollstöcke aus den Seitentaschen ragen. Viele tragen Blaumänner und derbes Schuhwerk. Sie sind als Kolleg:innen zu erkennen, die im Handwerk, im Einzelhandel oder auf dem Bau ihr Geld verdienen. Bevor sie aussteigen, falten viele die aktuelle Papierzeitung zusammen.

Den westlichen Ausgang zum „neuen“ Adlershof wählen meist Jüngere, die Sneakers an den Füßen und kleine Kopfhörer in den Ohren tragen. Sie verstauen Notebooks oder Tablets, bevor sie die S-Bahn verlassen. Die meisten arbeiten in den 1.200 Betrieben der „Wissenschaftsstadt“ Adlershof in den Bereichen Photonik und Optik, Photovoltaik und Erneuerbare Energien, Mikrosystemen und Materialien, Informationstechnik (IT) und Medien, Biotechnologie und Umwelt.

Was morgens in Adlershof passiert, zeigt – wie in einem Brennglas – den Arbeitsmarkt in Berlin insgesamt. Für die SPD-Landesvorsitzende Franziska Giffey sind sowohl die klassischen wie die innovativen Jobs eine Herzenssache. Sie sagt: „Wir unterstützen die Wirtschaft, die gute Arbeitsplätze schafft und erhält – vom kleinen Handwerksbetrieb, über den Einzelhandel, das Start-up-Unternehmen, die Dienstleistungsbranche bis hin zum Industriestandort.” Und sie versichert: „Wir entwickeln die Stadt zum führenden Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort.“

In Berlin sind zurzeit über zwei Millionen Frauen und Männer erwerbstätig. Während die Pandemie die touristischen und gastronomischen Branchen in Berlin lahmlegt, suchen Baugewerbe, Gesundheitswirtschaft und Industrie qualifizierte Arbeitskräfte. Besondere Dynamik geht von der „Gesundheitswirtschaft“ aus – also von Arztpraxen, Kliniken, Apotheken, therapeutischen Einrichtungen einerseits und von innovativen Unternehmungen andererseits. Einige sind heimliche Marktführer, auch „hidden champions“ genannt, in ihrem Spezialsegment, etwa das Unternehmen „First Sensor“. Hier werden Sensoren gefertigt, unter anderem für den Medizinsektor.

Gesundheit ist das Wirtschaftsthema weltweit, für das Berlin schon jetzt hervorragend gerüstet ist. Allein in der „Wissenschaftsstadt“ Adlershof, mit vier Quadratkilometern flächenmäßig kleiner als die Nordseehallig Hooge, boomen rund 60 hochinnovative Unternehmungen, die sich wirtschaftlich dem Kampf gegen Krankheiten verschrieben haben.

Ulrich Schulte-Döinghaus

SPD

UNSERE 5 B'S FÜR BERLIN

BESTE WIRTSCHAFT

Foto: SPD Berlin/Sebastian Thomas

Irina Mann, 44 Jahre, Betriebsrätin und Gewerkschafterin

*„B wie **Beste Wirtschaft**, damit gute Arbeitsbedingungen, Familienfreundlichkeit und faire Bezahlung überall zur Normalität gehören.“*

„Ich bin gern hierhergekommen“

Comfort Titus kam 2003 nach Deutschland und arbeitet heute in der Verwaltung

„Das ist mein Aha-Effekt gewesen“, sagt Comfort Titus. Da kam die Tochter einer Freundin von der Schule und weinte. Auf die Frage, warum sie traurig ist, habe das Mädchen nur geantwortet: „Mama, das verstehst du nicht, weil du kein Deutsch kannst.“ Da war für die heute 39-jährige Comfort klar, dass sie noch intensiver Deutsch lernen muss.

Das war 2010. Heute, elf Jahre später, ist die Deutsch-Nigerianerin endlich angekommen. Sie ist Angestellte am Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso).

Comfort Titus kommt 2003 nach Deutschland. Anfangs arbeitet sie in Berlin als Putz-, später als Servicekraft. Dann folgt der anfangs erwähnte Aha-Effekt. Sie lernt von 2010 bis 2013 intensiv Deutsch, besteht die Abschlussprüfung. 2014 möchte Comfort Titus eine Ausbildung machen. Sie beginnt eine zehnmonatige Schulung. Innerhalb dieser Zeit absolviert sie ein zweimonatiges Praktikum im Archiv des Lageso. Sympathisch und fleißig steht am Ende auf ihrem Praktikumszeugnis. Sie wird eingestellt. „Ich hatte nicht damit gerechnet“, erzählt die 39-Jährige. 2017 wird sie befördert.

„Mein Job in der Verwaltung gefällt mir sehr“, sagt Comfort Titus. Daher freut es sie, dass sich die SPD als ein Schwerpunktthema die Bürger:innennahe Verwaltung ins Wahlprogramm geschrieben hat. „Ich finde es super, dass die Berliner Verwaltung noch effizienter und digitaler werden soll.“ Für sie steht fest: In der Verwaltung zu arbeiten, ist mehr als nur ein guter Job. Mit der SPD-Spitzenkandidatin verbindet sie überdies ein besonderes Ereignis. „Sie hat mich 2017 eingebürgert“, sagt Comfort Titus. „Als ich sie sah, war ich sehr beeindruckt.“ Franziska Giffey sei ein Vorbild, sagt sie und betont: Sie sei gern nach Deutschland gekommen. Das Land habe ihr so viel gegeben. Am 4. Juni dieses Jahres beginnt sie einen Lehrgang – ein Jahr später kann sie sich dann gelernte Verwaltungsfachangestellte nennen.

Sebastian Thomas

Comfort Titus arbeitet wie viele andere Arbeitnehmer:innen zurzeit im Homeoffice. Foto: Sebastian Thomas

Das vollständige Porträt von Comfort Titus:
https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/portraet-comfort-titus/

SPD

UNSERE 5 B'S FÜR BERLIN

BÜRGER:INNENNAHE VERWALTUNG

Foto: SPD Berlin/Sebastian Thomas

Comfort Titus, 39 Jahre, Verwaltungsangestellte

*„B wie **Bürger:innennahe Verwaltung**, damit die Verwaltung noch effizienter gestaltet wird und die Digitalisierung weiter voranschreitet.“*

Schutz der Mieter:innen

SPD Berlin setzt auf Neubau und neue Bundesgesetze

Sicheres, bezahlbares Wohnen – dieser Wunsch steht in Berlin ganz obenan. Deshalb ist das Thema Bauen ein Schwerpunkt des Wahlkampfs der SPD Berlin. Entlastung auf dem Wohnungsmarkt soll ein ehrgeiziges Neubauprogramm bringen – mit 200.000 neuen Wohnungen bis 2030.

Zuzüge und Spekulation haben die Mieten in die Höhe getrieben. Ein Mietendeckel sollte sie fünf Jahre – mit moderaten Steigerungen – auf dem Stand von 2019 einfrieren. Das Bundesverfassungsgericht entschied, nur der Bund habe dafür die Gesetzgebungskompetenz. Geklagt hatten 284 Bundestagsabgeordnete von CDU und FDP.

„Wir fordern die CDU/CSU auf, ihren Widerstand gegen eine wirksame Mietpreisregulierung im Bund einzustellen“, sagt SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey. Zugleich forderte sie, „soziale Härten zu vermeiden und sozial verträgliche Lösungen für etwaige Nachforderungen von Mietzahlungen“ zu finden.

Der Neubau von Wohnungen sei jetzt umso wichtiger, so Franziska Giffey. Auch der Ankauf müsse fortgesetzt werden. Bislang verfügen die sechs landeseigenen Unternehmen Degewo, Gesobau, Gewobag, Howoge, Stadt und Land sowie WBM über 323.000 Wohnungen, in denen eine Million Berliner:innen leben. 2026 sollen es 400.000 Wohnungen sein. Das dämpft die Preise: Die Bestandsmieten städtischer Gesellschaften lagen unter dem Mietspiegel-Niveau, auch bei Wiedervermietung sind sie günstiger.

Private Wohnungsbauprojekte wie die „Friedenauer Höhe“ werden inzwischen vertraglich mit der Bedingung verknüpft, auch Sozialwohnungen zu bauen. Auf dem ehemaligen Güterbahnhof Wilmersdorf entstehen bis 2023 1.500 neue Wohnungen. Davon werden 238 sozial gefördert und nach Fertigstellung schlüsselfertig von der städtischen Howoge übernommen.

Unzählige Neubauprojekte verteilen sich über Berlin. So baut die Degewo 300 bezahlbare Wohnungen im Kietzer Feld in Treptow-Köpenick. „Die Wohnungen sind ein großer Gewinn für den Bezirk“, so Bezirksstadtrat Rainer Hölmer (SPD). „Der Planungsprozess und die Bürgerbeteiligung waren vorbildlich. Die Nachbarschaft konnte sich aktiv einbringen, mitdiskutieren und Vorschläge unterbreiten.“

Nahe der Rummelsburger Bucht ergänzt die HOWOGE eine Wohnanlage um 73 Wohnungen für Singles, Senioren und Familien. An der Frankfurter Allee 218 in Lichtenberg entsteht ein Wohnhochhaus mit 394 meist kleineren Wohnungen, die Hälfte als geförderter Wohnraum zu Einstiegsmieten ab 6,50 Euro. Die Degewo errichtet in der Mehrower Allee in Marzahn 126 seniorengerechte Wohnungen, 63 sind dauerhaft gefördert.

Um die Stadt attraktiver zu machen, setzt die SPD auf eine soziale und nachhaltige Verkehrswende, mit dem Ausbau der E-Mobilität, des ÖPNV und der Sanierung von Rad- und Fußwegen.

Ulrich Horb

SPD kämpft für eine soziale und sichere Stadt

„Ganz sicher Berlin“ – so heißt es auf dem digitalen Landesparteitag der Berliner Sozialdemokrat:innen

Spitzenkandidatur, Landeswahlprogramm, Bundestagswahlliste: Zum zweiten Mal kam die Berliner SPD digital zu einem Landesparteitag zusammen. Dabei wählten die Delegierten zum einen Franziska Giffey mit großer Mehrheit zu ihrer Spitzenkandidatin für die kommende Abgeordnetenhauswahl, zum anderen beschlossen sie das SPD-Wahlprogramm. Anschließend stimmten die Delegierten auf der Landesvertreter:innenversammlung über die Bundestagswahlliste ab.

Zwei Zusagen machte SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey gleich zu Anfang auf dem Landesparteitag der Berliner SPD. Die erste: Sie werde den Wohnungsneubau zur Chefinnensache machen. Denn bezahlbares Wohnen sei die soziale Frage in unserer Stadt. Die SPD schütze die Mieter:innen. Die zweite Zusage: Berlin solle nach der Pandemie zur neuen Stärke zurückfinden. Deshalb verspricht SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey einen Zukunftsfonds für Berlin. „Wir werden uns um diejenigen kümmern, die von der Pandemie besonders betroffen sind“, sagt sie. Doch sie macht nicht nur Zusagen, sondern erinnert auch an Erfolge der vergangenen Legislatur wie die gebührenfreie Kita oder das Schüler:innenticket. „Damit können 130.000 Schüler:innen in Berlin kostenfrei mit Bussen und Bahnen fahren.“ Kinder müssten durch dieses Ticket beispielsweise nicht überlegen, ob und wie sie zu ihrem Musikunterricht an das andere Ende der Stadt kommen. Mehr noch: „Bei uns machen die Kitas nicht über Mittag zu. Bei vielen Dingen, die das Gute in unserer Stadt ausmachen, war es die SPD“, sagt Franziska Giffey stolz. Vor ihr hatte bereits Raed Saleh, Co-Vorsitzender SPD Berlin, das Wort in seiner Eröffnungsrede des Parteitags ergriffen und stellt fest: „Wir haben mit Franziska Giffey die Person, die unsere Stadt wie keine andere verkörpert.“ Er mache sich für den anstehenden Wahlkampf keine Sorgen, ganz im Gegenteil. „Wir sind eine Volkspartei, die die Menschen eint, wir verkörpern Vielfalt“, sagt er, dreht sich dabei um und zeigt auf die hinter ihm aufgebaute Leinwand, auf der die Kandidat:innen für die Abgeordnetenhauswahl zu sehen sind. Der Co-Vorsitzende der Berliner SPD ist sich sicher: „Wir sorgen dafür, dass am 26. September das Rote Rathaus rot bleibt.“ Die Delegierten sind überzeugt und wählen Franziska Giffey mit einer großer Mehrheit von 85 Prozent zur Spitzenkandidatin für die Abgeordnetenhauswahl.

OBEN: Franziska Giffey ist eine Gartenbegeisterte: In ihre Wahlkampf-Gartenlaube möchte sie Bürger:innen zum Dialog einladen, sobald die Pandemie-Lage dies zulässt. Von Raed Saleh gab es passend dazu einen Tulpenbaum, Gartenhandschuhe und eine rote Gießkanne.

UNTEN: Franziska Giffey spricht zu den Delegierten, die den digitalen Landesparteitag von Zuhause aus verfolgen. Foto: SPD Berlin/Nils Hasenau

Mehr zum Parteitag finden Sie hier:
https://spd.berlin/magazin/aktuelles/landesparteitag-spd-ganz-sicher-berlin/

UNSERE 5 B'S FÜR BERLIN

BERLIN IN SICHERHEIT

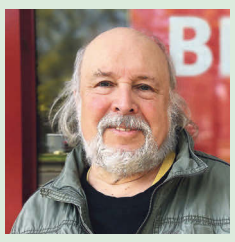


Foto: SPD Berlin/Sebastian Thomas

Josef Zimmermann, 73 Jahre, freier Journalist

*„B wie **Berlin in Sicherheit**, weil innere und soziale Sicherheit einfach zusammengehören.“*

Die Landesvorsitzenden der SPD Berlin Franziska Giffey und Raed Saleh mit den Berliner SPD-Bundestagskandidat:innen im digitalen „Studio“ des Landesparteitages Foto: SPD Berlin/Nils Hasenau

Damit die SPD auch weiterhin in Berlin Regierungsverantwortung trage, habe sich die Partei ein starkes **Wahlprogramm** gegeben, sagt SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey. „Wir setzen klare Schwerpunkte und fokussieren uns auf unsere 5 B's für Berlin“, dann zählt sie auf: „**Bauen** von Wohnungen und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, **Bildung** steht für den Wissenschaftsstandort Berlin und eine kostenfreie Kita, **Beste Wirtschaft** bedeutet, dass Berlin nach der Pandemie zu neuer Stärke findet, **Bürger:innennahe Verwaltung** heißt mehr Service, weniger Bürokratie und **Berlin in Sicherheit** sorgt dafür, dass sich alle in der Hauptstadt sicher fühlen.“ Die SPD Berlin wolle eine soziale und sichere Metropole. Eine deutliche Mehrheit der Delegierten stimmt anschließend für das Wahlprogramm: 223 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen – damit nehmen mehr als 90 Prozent das Wahlprogramm an. Raed Saleh überrascht Franziska Giffey noch mit einem Schlüssel für ein eigenes rotes Gartenhaus – dort kann sie mit den Berliner:innen ins Gespräch kommen.

Zum Schluss des Landesparteitages fasst Franziska Giffey noch einmal das Motto des SPD-Wahlkampfs zusammen: „Berlin ist unsere Herzenssache. Wir kämpfen gemeinsam für eine soziale Stadt. Ganz sicher Berlin.“

GANZ SICHER BERLIN

WAHLPROGRAMM DER SPD BERLIN ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

Mehr zum Landeswahlprogramm der SPD Berlin:
https://spd.berlin/wahlprogramm

Auf der anschließenden Landesvertreter:innenversammlung stellen die Delegierten die **Landesliste für die Bundestagswahl** auf: Der Regierende Bürgermeister **Michael Müller** wird auf Listenplatz 1 gewählt und ist damit Spitzenkandidat der Berliner SPD für die Bundestagswahl. Als Spitzenkandidatin auf Listenplatz 2 wählen die Delegierten **Cansel Kiziltepe**.

Auf Listenplatz 3 folgt der stellvertretende SPD-Parteichef und ehemalige Juso-Bundesvorsitzende **Kevin Kühnert**. Ihm folgt die ehemalige Berliner Juso-Chefin **Annika Klose**.

Auf Listenplatz 5 kandidieren neben Hakan Demir der Pankower Klaus Mindrup und Ruppert Stüwe. Der erste Wahlgang bringt keine Entscheidung. In der darauffolgenden Stichwahl setzt sich **Ruppert Stüwe** aus Steglitz-Zehlendorf durch. Für Listenplatz 6 kandidieren **Ana-Maria Trăsnea** und Anja Ingenbleek. Erstgenannte entscheidet den anschließenden Wahlgang für sich.

Bei den darauffolgenden Listenplätzen tritt jeweils immer eine Person an: auf Listenplatz 7 wird **Torsten Einstmann** gewählt, auf 8 und 9 **Anja Ingenbleek** und **Enrico Bloch**. Danach folgen **Alexandra Julius Frölich** auf Listenplatz 10, **Ulrike Rosensky** auf Listenplatz 11 und auf Listenplatz 12 **Barbara Loth**.

Sebastian Thomas

Sich sicher fühlen

Innensenator Andreas Geisel über Berlin in Sicherheit

Berliner Stadtblatt: Die SPD fasst als einzige Partei innere und soziale Sicherheit zusammen. Warum?

Andreas Geisel: Weil beides zusammengehört. Sicherheit ist mehr als nur die Abwesenheit von Kriminalität. Sicherheit ist auch der Schutz vor sozialem Abstieg und Armut, so steht es in unserem Wahlprogramm. Urbane Sicherheit basiert deshalb auf einem Verständnis von Sicherheit, das neben der konsequenten Bekämpfung von Kriminalität auch soziale Bedingungen mit einbezieht, unter denen Gewalt und Kriminalität entstehen. Dazu gehört auch Prävention. Das ist der Kern einer sozialdemokratischen Innenpolitik.

Was verstehst du, wenn du an Berlin denkst, unter sozialer Sicherheit?

Im Augenblick ist die zentrale soziale Frage die Mietenfrage. Es darf nicht sein, dass Menschen in unserer Stadt Angst davor haben, ihre Wohnung zu verlieren, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können. Hier steht die SPD den Menschen helfend zur Seite. Soziale Sicherheit ist aber auch ein gewaltfreies Leben in einer Partnerschaft. Ebenso, dass man sich offen zu dem bekennen kann, wie man sein Leben führen will.

Im Wahlprogramm steht: „Eine Hauptstadt-Polizei, die sichtbar und direkt ansprechbar ist.“ Wie sieht das in der Praxis aus?

Polizei muss da sein, wo die Menschen sie braucht. In den Kiezen, in direkter Nachbarschaft, aber auch an den kriminalitätsbelasteten Orten. Deswegen haben wir die mobilen Polizeiwachen initiiert, die flexibel in der Stadt eingesetzt werden können. Mit dem Programm KOB100 beleben wir den Gedanken des Kontaktbereichsbeamten wieder. So soll die Polizei ganz nah, sichtbar und ansprechbar für die Menschen in unserer Stadt da sein.

Die SPD Berlin möchte Einsatzkräften den Rücken stärken. Wie genau will sie das tun?

Durch Anerkennung, Respekt und mit guter Ausstattung sowie Bezahlung. Menschen, die für unsere Sicherheit arbeiten, verdienen unseren gesellschaftlichen Rückhalt. Wir haben in dieser Legislatur Polizei und Feuerwehr modernisiert und personell verstärkt wie lange nicht mehr. Wir haben die Besoldung im Schnitt um 800 Euro pro Monat erhöht. 2016 waren wir noch Schlusslicht im Vergleich der Länder. Jetzt liegen wir im guten Mittelfeld – so wie wir es versprochen haben.

Die Fragen stellte Sebastian Thomas

Das vollständige Interview mit Andreas Geisel:
https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/interview-innensenator-sicherheit/

Das ganze Leben ist eine Schule

Für die SPD ist lebenslanges Lernen eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft

„Bitte denk daran, uns Hausaufgaben zu geben.“ Das ist ein Satz, den Lehrer:innen selten hören. Mir wurde er schon öfter zugerufen. Wenn nicht gerade Corona ist, arbeite ich in einer Werkstatt für behinderte Menschen als ehrenamtlicher Lehrer für Mathe und Englisch.

Mit Feuereifer stürzen sich die erwachsenen Schüler:innen dort ins Lernen. Sie verzweifeln oft an unregelmäßigen Verben oder am Dreisatz, aber mit Leidenschaft. Warum? „Ich will besser mit Geld umgehen“, sagt Kollegin Ramona (35). „Ich möchte meinem Vetter in Kanada einen englischen Brief schreiben“, sagt Kollege Martin (40). Beide leiden unter schweren Krankheiten und Behinderungen – aber ihren unbändigen Willen, zu lernen und sich weiter zu bilden, lassen sie sich nicht nehmen.

Mit Feuereifer in die Weiterbildung – das ist eine Passion, die „meine“ Schüler:innen mit hunderttausenden Berliner:innen teilen. Sei es, um sich für einen neuen Job fit zu machen, sei es, um beruflich weiterzukommen oder aus purer Freude am Lernen. Das regionales Weiterbildungsportal *www.wdb-suchportal.de* zählt 40.000 täglich aktualisierte, meist berufliche Bildungsangebote aus allen Branchen und Berufen auf – von kurzen Seminaren bis hin zu längerfristigen Umschulungen.

Lebenslanges Lernen ist eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft, das weiß auch die Berliner SPD. In ihrem Wahlprogramm halten die Sozialdemokrat:innen fest: „Wir wollen die vielfältigen Angebote der Erwachsenenbildung erhalten, ausbauen und sie in der Berliner Verfassung verankern.”

Allein die zwölf Berliner Volkshochschulen schreiben 20.000 Weiterbildungsangebote in ihre Kataloge. Wer sich gezielt informieren will, ist im Suchportal *www.berliner-vhs.de/start* gut bedient – von Algebra über IT und Portugiesisch bis hin zu Zivilgesellschaft. Zurzeit finden viele Kurse online und im Homeoffice statt. Kosten zwischen 30 und 90 Euro pro Kurspaket.

Kostenlos und für jedermann sind einige Angebote der Berliner Hochschulen. Sie sind zum Beispiel unter dem Stichwort Ringvorlesung zu finden oder auf den Internetseiten von Freier, Technischer und Humboldt-Universität. Dort wurde soeben die Online-Ringvorlesung „Das Kaiserreich (1871 – 1914) und seine neuen Kontroversen“ gestartet.

Neben den Berliner Hochschulen machen auch politische, weltanschauliche und wissenschaftliche Akademien in der Hauptstadt Bildungsangebote für alle, etwa die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, die Katholische oder die Evangelische Akademie zu Berlin. ***Ulrich Schulte-Döinghaus***

SPD

UNSERE 5 B'S FÜR BERLIN

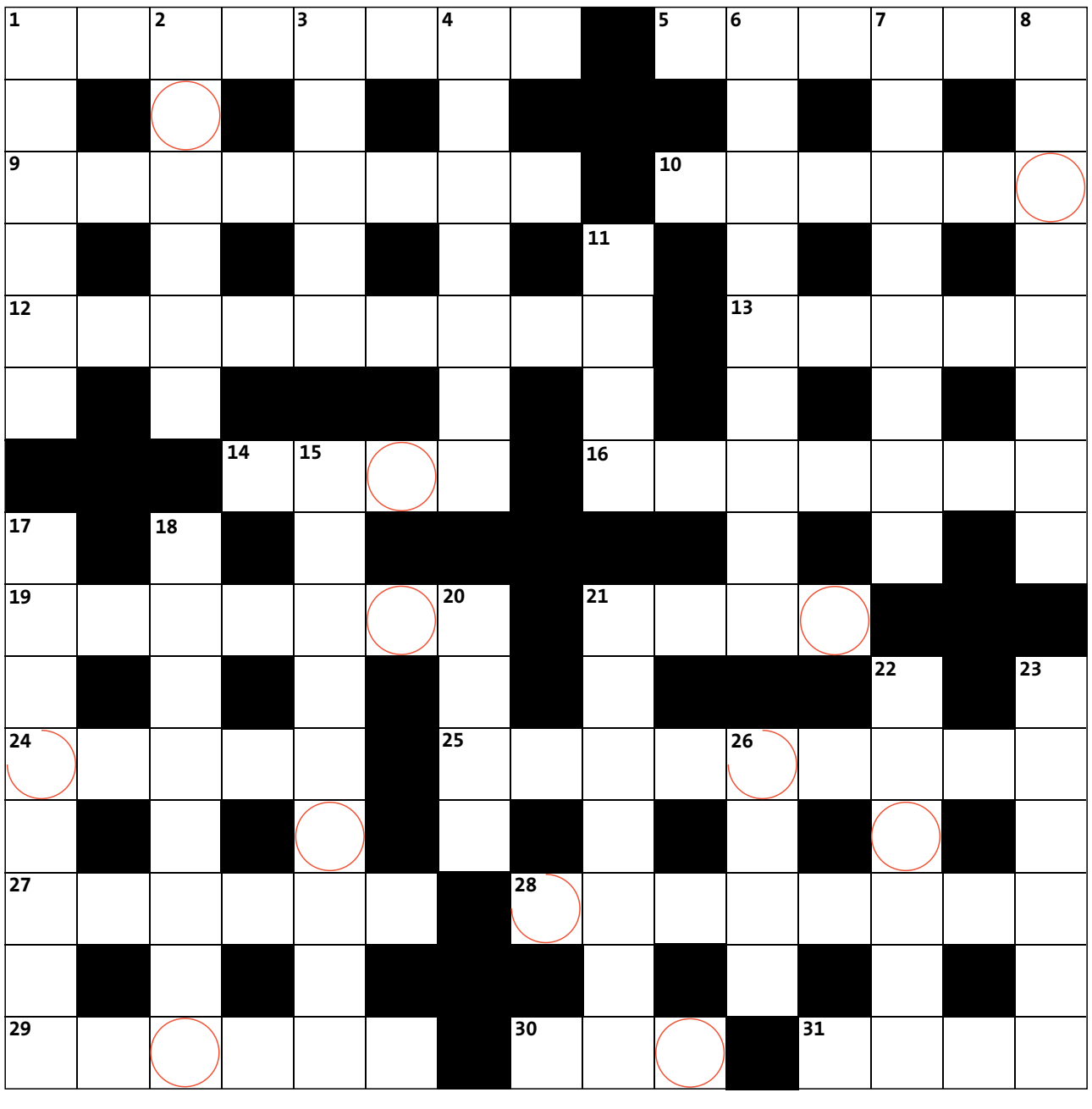
BILDUNG

Foto: SPD Berlin/Sebastian Thomas

Miriam Siglreitmaier, 28 Jahre, Doktorandin

*„B wie **Bildung**, weil gute Forschung gute Arbeitsbedingungen braucht und damit Chancengleichheit von der Kita bis zur Uni herrscht.“*

BERLINER STADTBLATT PREISRÄTSEL



WAAGERECHT

Umlaut = 1 Buchstabe
ß = ss

1 Werkzeug für Schneider und Weitspringer
5 Martin Luther räumte damit auf
9 Im Wedding am Wasser
10 Frühstücken bis zum Spätnachmittag
12 Krasser Ex-Jugendjargon
13 Im chemischen Element Fe
14 Eine der ältesten Planzenarten der Welt
16 Schutzanstrich gegen Rost
19 Inselkette zwischen Nordamerika und Asien
21 5,7 Milliarden Euro minus auf Schienen
24 Stoff ohne Zukunft?
25 Wo die Münze ohne Zahl ist
27 Mittelalterliche Folterstrafe
28 Oft Bestätigung der Regel
29 Kurz vorm Brechen
30 Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau (Abk.)
31 Unweit von draußen

SENKRECHT

Umlaut = 1 Buchstabe
ß = ss

1 Braunstein für den Stahl
2 Querstrich am Ende von Buchstaben
3 Eines von fünf B's für Berlin
4 Es regnet ohne Saft und Kraft
6 Ein weiteres B für Berlin
7 Straferlass
8 Umgehen mit Rekruten
11 Armenviertel
15 Gegenbehauptung
17 Messlatte
18 B soll es bestens gehen in Berlin
20 Zentrum eines Rades
21 Noch'n B für Berlin
22 Keine Angst, Berlin
23 aus gegerbter Tierhaut gefertigt
26 Almhirt

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben **einen leidenschaftlichen Einsatz und ein (politisches) Engagement mit voller Kraft.**

Bitte schicken Sie das Lösungswort **bis 30.06.2021** auf einer Postkarte an:

SPD Berlin
Berliner Stadtblatt
Müllerstraße 163
13353 Berlin

oder per E-Mail an:
berliner.stadtblatt@spd.de

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir **drei Exemplare des Buchs von Bernd Schimmler „Zwischen Humboldthain und den Rehbergen – Die Geschichte der Sozialdemokratie im »roten Wedding« von Berlin“.**

Eine Rezension finden Sie hier:
https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/buchtipp-roter-wedding/

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

UNTER DER EINSENDUNGEN MIT DEM RICHTIGEN LÖSUNGSWORT VERLOSEN WIR DREI EXEMPLARE DES BUCHS VON BERND SCHIMMLER „ZWISCHEN HUMBOLDTHAIN UND DEN REHBERGEN – DIE GESCHICHTE DER SOZIALDEMOKRATIE IM »ROTEN WEDDING« VON BERLIN“

Demokratie-Meisterwerk: Ein guter Kompromiss

Zwei Generationen der SPD Lichtenberg im Interview

Warum bist du in die SPD eingetreten?

Anton: Ich wollte auf jeden Fall irgendwann in eine Partei eintreten. Ich dachte mir, jetzt machst du erstmal dein Abitur fertig. Dann ist es doch anders gekommen.

Jutta: Bei mir war es ein bisschen anders. Ich bin in der DDR groß geworden, war da in keiner Partei oder irgendetwas. Dann kam 1990 die Wende und ich dachte: Du müsstest dich engagieren. So richtig wusste aber ich nicht, wo ich mich hinwenden soll. Und dann kriegte ich eines Tages eine Einladung von der SPD Lichtenberg und da bin ich dann hingegangen.

Wann war euer allererstes Wahlkampfjahr?

J: Das erste Wahlkampfjahr war 1994. Was ich gelernt habe, war, dass wir auf die Straße gehen, dass man keine Angst haben soll vor den Leuten. Und da haben wir ja noch die Plakate selber gemacht.

A: Ich bin erst 2017 nach der Bundestagswahl in die Partei eingetreten. Dementsprechend war mein erstes richtiges Wahlkampfjahr 2019 zur Europawahl. Was ich wahnsinnig faszinierend fand: Mit welchem Spaß und Engagement in diesen Wahlkampf gegangen wurde.

Wie hat sich für euch der Bezirk in den letzten zehn Jahren verändert?

A: Ich wurde zehn Jahre nach der Wende geboren. Ich weiß noch, wie das in meiner Kindheit alles aussah. Wenn ich überlege, was da in den letzten Jahren für Geld geflossen ist und was da alles gebaut worden ist an Straßen, Gebäuden oder auch Bahnhöfen ...

J: Wenn ich mir überlege, wie Lichtenberg 1990 aussah, wie die Häuser aussahen, wie man da drin gewohnt hat – und dann die Schornsteine, die überall geraucht haben. Das ist ja nun alles viel besser. Als mein Sohn hier groß geworden ist, hat er auf dem Hof gespielt, da war nichts anderes. Und als ich jetzt mit meinen Enkelkindern durch die Gegend ging, habe ich festgestellt, wie viele Spielplätze wir haben. Das gab es damals nicht.

Jutta, Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg, und Anton, Vorsitzender der Jusos Lichtenberg, im Generationen-Gespräch Foto: Kevin Einenkel

Könnt ihr euch an einen konkreten Moment erinnern, an dem ihr gedacht habt, dass hier zwei Generationen aufeinandertreffen?

J: Ich glaube, das war, als Anton sich als Mitglied für die Bezirksverordnetenversammlung vorgestellt hat. Da war ich so ein bisschen von oben herab. Da habe ich mir gedacht, nimm dich mal ein bisschen zurück.

A: Ich habe mich für Fahrradwege stark gemacht und Jutta hat dazwischengerufen: „Das sehe ich ja genauso. Sag mir nur, wo das Geld herkommen soll und dann machen wir das!“ Ich war noch 19 und dachte mir: Ja toll, wenn man sich hier anfängt zu engagieren und gleich wissen soll, wo das ganze Geld herkommen soll – da müssen wir ja nicht in die Politik gehen.

Welche Form der Unterstützung wünscht ihr euch?

J: Meine Themen sind die Stadtentwicklung, öffentliche Ordnung und Verkehr. Viele Leute sagen: Wir brauchen Wohnungen, aber doch nicht bei mir! Und das ärgert mich sehr. Diese Leute gucken aus dem Fenster auf eine grüne Wiese, die darf nicht bebaut werden. Aber nebenan die Wiese, die schon. Wir müssen mehr Solidarität von den Leuten einfordern und das ist schwierig.

A: Ich habe auch mal das Gefühl, dass auch viele junge Menschen wenig kompromissbereit sind, vor allem auch in den etwas linkeren Lagern. Ich habe das auch selbst an mir erlebt. Eine Zeit lang fand ich alles außer der SPD komplett blöd. Aber ich glaube, dass man das auch wieder lernen muss, dass es andere Meinungen gibt und dass das legitime Meinungen sind. Deshalb haben wir ja die Demokratie, um das zu diskutieren und am Ende zu beschließen. Ein guter Kompromiss ist ja eigentlich das Meisterwerk der Demokratie.

Fragen:
Viktoria Jeske · Mélanie Reuter
SPD Lichtenberg

Krise als Hebel

Die sozial-ökologische Wende für Lichtenberg

Die Wende der Wirtschaft ist in vollem Gang. Die SPD-Lichtenberg will die Krisen zum Hebel für den gesellschaftlichen Wandel und zum Beschleuniger von Innovationen machen. Unser Weg soll auch die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen einbeziehen.

Wir fördern kurze Arbeitswege, die per ÖPNV oder Fahrrad zurückgelegt werden können. Wir wollen Neuansiedlungen von Gewerbe in Lichtenberg mit nachhaltigen Kriterien. Dafür haben wir speziell eine Stelle für Gewerbeberatung und Transformationsprojekte geschaffen. Lichtenberg wird seine Recyclingkreisläufe effektivieren und eine Wertstoffreduktion haben. Der Bezirk Lichtenberg wird mit uns ein Bezirk des fairen Handels.

Wir schaffen die Voraussetzungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit innovativen Konzepten für mobile Arbeitsformen und Arbeitsbedingungen durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer:innen, die im Homeoffice tätig sein wollen, und zentrale Angebote im Kiez wie Co-Working-Spaces, beispielsweise in ungenutzten Flächen.

Viktoria Jeske
SPD Friedrichsfelde-Rummelburg

Corona verändert Wahlkampf

Digital und mit neuen Ideen sucht die SPD den Kontakt zu den Wähler:innen

Genoss:innen in allen 16 Bundesländern stehen vor der Frage, wie man mit Maske, Distanz und Desinfektionsmittel Wahlkampf machen kann. In Rheinland-Pfalz wurden erste Erfahrungen gesammelt. Der Haustürwahlkampf war nur noch mit ausreichendem Abstand möglich und wurde zum Teil zum „Gartenzaun-Gespräch“.

Was können wir in der Hauptstadt daraus lernen? Auch in Lichtenberg gibt es Gebiete mit Einfamilienhäusern, wo es beim Verteilen von Flyern und Stadtblättern schnell zu Dialogen zwischen Kandidat:innen oder Helfer:innenn und möglichen Wähler:innen kommen kann.

Foto: Adobe Stock/JJ · Montage: SPD Berlin

Als moderne Variante hat sich das digitale Wahlstudio mit „gemütlicher Wohnzimmer-Atmosphäre“ schnell etabliert. Malu Dreyer ersetzte in Rheinlad-Pfalz so Auftritte auf Volksfesten und in vollen Hallen. Eine Idee, die sich auch für uns eignen würde. Dazu gab es „mobile Quartierbüros“ – für große Wahlbezirke eine Option, um präsent im Kiez zu sein.

Vergessen wir nicht die wichtiger werdenden Briefwahlstimmen – ihr Anteil wird sich sicherlich deutlich erhöhen. Das heißt: Nicht nur die letzten Tage, sondern die letzten Wochen werden entscheidend.

***Janek Gudat** · SPD Alt-Lichtenberg*

Die Zukunft des Hubertusbads wird greifbar

Das seit 30 Jahren geschlossene Gebäude des Stadtbads Lichtenberg soll im Herbst in neuer Funktion seine Tore wieder öffnen

Zuletzt genutzt wurde der prachtvolle Innenraum des Stadtbads Lichtenberg 2010 als Kulisse für einen Vampir-Thriller. Das wertete die flache Story des Films zumindest ästhetisch auf. Für die öffentliche Nutzung war das in den 1920er Jahren entstandene Gebäude 1991 geschlossen worden.

Nicht nur wegen der kunstvollen Innenarchitektur, auch viele Bade-Erinnerungen ließen das Hubertusbad jedoch nicht in Vergessenheit geraten. 2019 wurde ein Partizipationsverfahren durchgeführt, um Ideen im Kiez zu sammeln bezüglich einer Wiedernutzung des ehemaligen Bades.

Die häufig geäußerte Präferenz, im Hubertusbad wieder schwimmen gehen zu können, ist leider sowohl wegen betriebswirtschaftlicher Bedenken, als auch aus Denkmalschutzgründen ausgeschlossen. Verschiedene Alternativvorschläge, von temporären Kulturveranstaltungen bis zu festen Einrichtungen wie Therapieräumen, fanden viel Zuspruch.

Aktuell befindet sich die Schadstoffsanierung im Stadtbad Lichtenberg in den letzten Zügen. Parallel werden schon Teile des Erdgeschosses für die erste Nutzung hergerichtet. Geplant ist, im Herbst dieses Jahres mit der Vermietung für Veranstaltungen zu beginnen.

Die große Schwimmhalle bietet sich für großformatige Events oder medizinische Nutzungsarten an. Foto: BIM GmbH / Jörg Krüger

In einer ersten Phase sollen in der ehemaligen Frauenschwimmhalle Eventnutzungen ausprobiert und professionalisiert werden. Nach und nach werden dann auch die oberen Stockwerke wieder belebt.

Die SPD Lichtenberg setzt sich seit Jahren für eine kiezfreundliche Nutzung des Hubertusbads ein. Der stellvertretende Lichtenberger Bürgermeister Kevin Hönicke freut sich, dass nun Bewegung in die Sache kommt: „Das Hubertusbad ist ein Schatz in Alt-Lichtenberg. Es wird höchste Zeit, dass das Gebäude nachbarschaftlich und für die Menschen in unserem Bezirk wieder zur Verfügung gestellt wird.“

***Juliane Simon** · SPD Alt-Lichtenberg*

KURZ NOTIERT

MILIEUSCHUTZ-SPRECHSTUNDEN

SPD-Bezirksstadtrat Kevin Hönicke bietet mit der Milieuschutz-Sprechstunde die Möglichkeit zum direkten Austausch.

Hier können sich Bürger:innen direkt zu allen Themen rund um den Milieuschutz informieren und Nachfragen stellen. Sie erfahren auch, wie der Milieuschutz funktioniert und was gesetzlich noch verbessert werden kann. Die erste Milieuschutz-Sprechstunde der SPD Lichtenberg fand im März digital auf Facebook statt. Die Veranstaltung wird monatlich wiederholt und gibt in jeder Folge eine kurze Einführung zu einem Aspekt des Milieuschutzes.

Die nächsten drei Termine:

30. Mai
Weitlingkiez – Milieuschutz nutzen

27. Juni
Victoriastadt – Vorkaufsrecht nutzen und Abwendungsvereinbarungen

25. Juli
Milieuschutz stärken – Pläne der SPD Lichtenberg und SPD Berlin

CORONA-TESTZENTREN

Unter https://test-to-go.berlin/ sind auf einer Übersichtskarte alle Berliner Testzentren und Test-to-go-Teststellen verzeichnet.

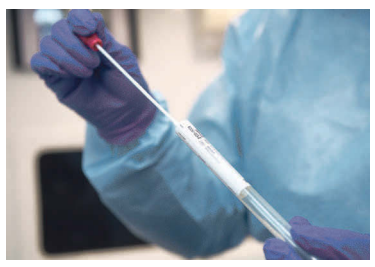


Foto: Adobe Stock/Benjamin Nolte

Für die meisten ist kein Termin nötig oder nur optional: Zum Beispiel im Testzentrum Berlin Ost in Rummelsburg in der Fischerstraße 36, im 365+ Lichtenberg in der Buchberger Str. 5 oder im Covidtest Berlin in der Landsberger Allee 270, das auch eine Drive-In-Option bietet.

Genauso ist es auch möglich, sich ein Stück weiter im Testcenter von Möbel Höffner Berlin Lichtenberg, Landsberger Allee 320, testen zu lassen.

Spaziergang in Alt-Hohenschönhausen

– Fortsetzung von Seite 2 –

Nach den Plänen der Eigentümer könnten bis zu 3.500 Wohnungen entstehen, davon 1.500 sozial gebundene im Rahmen des „Berliner Modells“. Laut des vorgestellten Konzepts liegt der Fokus auf Miet- und Eigentumswohnungen im mittleren Preissegment.

Das Plangebiet ist rundum von Wohngebieten umgeben – nach den Vorstellungen des Eigentümers ließe sich ein urbanes Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe hier sehr gut organisieren, mit allen Vorteilen für die Belebung der Mitte Hohenschönhausens. Doch Kevin Hönicke berichtet, dass die Senatsverwaltung Wohnungsbau hier kritisch sieht und ergänzt: „Hinzu kommt, dass bei einer Wohnbebauung der Bebauungsplan und der Flächennutzungsplan geändert werden müssten. Hierfür bedarf es der Zustimmung des Bezirks und des Senates. Ich bin skeptisch. Ich möchte hier Gewerbeflächen, aber keine brachliegenden Flächen.“ Gleichzeitig betonte er, dass es für ihn und sein Amt hier um die Fortentwicklung eines Gewerbegebietes geht.

Kevin Hönicke, stellvertretender Bezirksbürgermeister im Bezirk Lichtenberg und Stadtrat für Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung

Foto: Kevin Einenkel

GEWERBE UND WOHNEN GEMEINSAM ENTWICKELN

Rund 30 Jahre nach der Wiedervereinigung besteht dringend Handlungsbedarf. Im Moment befindet sich nur rund 40.000m² genutzte Fläche auf 270.000 m² Plangebiet! Das gesamte Gebiet umfasst damit umgerechnet 40 Fußballfelder. Sandy Kliemann, Co-Fraktionsvorsitzende, betonte am Ende noch einmal: „Wir möchten Arbeitsplätze in Lichtenberg erhalten. Dabei ist uns nicht die pure Anzahl wichtig, sondern die Qualität. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass es hier Unterschiede, zum Beispiel beim Arbeitsschutz, gibt. Die Bedingungen vor Ort sollten für alle Nutzer:innen gleich sein und einem gewissen Standard entsprechen – zum Schutz der dort arbeitenden Menschen.“ Denn während des Rundgangs wurden auch deutliche Missstände in Sachen Arbeits- und Umweltschutz sichtbar.

FAZIT UND AUSBLICK

Der Austausch war wichtig und wird von uns fortgeführt. An dieser Stelle möchten wir uns bei den Vertreter:innen von Zeitgeist bedanken, dass Sie sich die Zeit genommen haben, um unsere Fragen zu beantworten. Wir werden das Projekt kritisch begleiten und uns weiter für eine Entwicklung und ein Fortbestehen der wirtschaftlichen Nutzung des Quartiers einsetzen, damit Alt-Hohenschönhausen eine lebendige Mitte erhält. Wir freuen uns bereits auf die Folgetermine und werde über die weitere Entwicklung berichten.

Philipp Sorgatz
Kevin Einenkel

Für mehr Neuigkeiten aus Alt- und Neu-Hohenschönhausen:
www.spd-hsh.de

Ungleichheit verstärkt

Gesellschaftlicher Zusammenhalt gefährdet

Die aktuelle Situation bedeutet für viele Menschen eine große finanzielle Belastung. Überdurchschnittlich von Einkommenseinbußen betroffen sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringem Einkommen und befristeten Arbeitsverträgen.

Laut Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands erreicht die Armutsquote derzeit den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Die Ungleichheit bei Einkommen steigt seit dem Jahr 2020 (WSI, 2019). In Deutschland besitzen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung mit 56 Prozent mehr als die Hälfte des Vermögens (DIW).

Diese Entwicklungen stehen im Gegensatz zu einer sozialen, demokratischen Gesellschaft und sie gefährden den Zusammenhalt. Wir brauchen eine stärkere Besteuerung von hohen Erbschaften, eine Vermögenssteuer, eine Finanztransaktionssteuer sowie einen Lastenausgleich, um die Folgen der aktuellen Krise zu bewältigen. Dabei handelt es sich um eine einmalige Vermögensabgabe für Superreiche.

Starke Schultern können mehr tragen – und angesichts der Folgen der Pandemie sollten sie es nun auch tun.

Karsten Strien
Vorsitzender SPD Fennpfuhl

Anton-Saefkow-Platz

Bauvoranfragen wurden zurückgezogen

Im Dezember 2020 informierte das Bezirksamt Lichtenberg über den Eingang zweier Bauvoranfragen, die für einiges Aufsehen in Fennpfuhl sorgten.

Die Eigentümer der Gebäude am Anton-Saefkow-Platz 8 und 10 fragten an, ob eine Aufstockung baurechtlich möglich sei. Im Einzelnen soll Haus Nr. 8 um zwei Geschosse und Haus Nr. 10 (REWE-Markt) gar um fünf Geschosse erweitert werden. Das Ansinnen stieß bei Vertreter:innen der SPD Fennpfuhl auf Kritik. Viele Menschen waren sich einig, dass jegliches Wohnungsbaupotential rund um den Anton-Saefkow-Platz bereits ausgeschöpft ist. Der seinerzeit unter einer regen Bürger:innenbeteiligung erarbeitete Rahmenplan Fennpfuhl zur städtebaulichen Entwicklung sieht hier kein Wohnungsbaupotenzial. Nun handelte es sich erst einmal um Bauvoranfragen, die im Gegensatz zu Bauanträgen lediglich dazu dienen, auszuloten, was möglich ist und unter welchen Bedingungen.

Mittlerweile gibt es Entwarnung: Ende Februar ließ das Bezirksamt vermelden, dass beide Bauvoranfragen zurückgezogen wurden.

Michael Julien André
SPD Fennpfuhl

Arbeitnehmer:innen 2021

– Fortsetzung von Seite 1 –

Wo stehen aber die Arbeitnehmer:innen des 21. Jahrhunderts? Da, wo augenscheinlich gute Tariflöhne gezahlt werden, versuchen die Arbeitgeber:innen, immer wieder durch gezielte Maßnahmen wie das Anheuern von Leasingarbeitskräften, durch Leiharbeit und die Befristung von Arbeitsverträgen die Marge zu optimieren. So wirken sich positive Bilanzen nur im Geldsäckel der Unternehmer:innen und des Finanzamtes aus.

In der Industrie, dem Handel und im öffentlichen Dienst gibt es Tariflöhne und -gehälter. Aber was ist ein tariflicher Mindestlohn der unteren Gruppen in Höhe von 10,50 Euro pro Stunde noch wert?

Arbeitnehmer:innen sind noch viel zu oft von fairer Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen weit entfernt.

Foto: Adobe Stock/Lothar Drechsel

Was da eindeutig helfen kann, ist die Anhebung des Mindestlohnes auf 12,50 Euro pro Stunde und die teilweise Auflösung der Tarifautonomie, ganz speziell dort, wo die Arbeitnehmer:innen keine oder nur eine geringe Vertretung durch die Gewerkschaften und arbeitnehmernahe Betriebsräte haben. Ähnlich verhält es sich mit Gebieten, in denen sich der Markt gar nicht mehr selbst regulieren kann. Ein Nord-Süd- bzw. Ost-West-Gefälle wird sich immer in den Löhnen der Arbeitnehmer:innen spiegeln und bedarf einer Regulierung.

Was zudem noch wesentlich gravierender auffällt, ist die zunehmend nachteilige Verschiebung in den systemrelevanten Berufen. Hier sind aber Branchen wie das Gesundheitswesen, der Verkehr und die Bildung zu schützen und zur Da-Seins-Fürsorge der Steuerzahler:innen zu machen.

Ein Verhandeln auf Augenhöhe kann nicht von neo-liberalen Lobbyist:innen erwartet werden. Hier braucht es berufserfahrene sozialdemokratische Arbeiter:innen und Angestellte, die fern von Parteidoktrin und ideologischem Denken handeln. Nur dies kann jetzt zum Ziel führen – mit einem paritätischem Gleichklang und in einem System für alle!

Maik Lenzner
SPD Neu-Höhenschönhausen